



Eine Herausforderung für alle Mitgliedstaaten

Demographischer Wandel und die Auswirkungen auf den Pflegesektor

Am 07.09.2018 hat die Generaldirektion der Europäischen Kommission für Beschäftigung, Soziales und Integration die Ergebnisse einer länderübergreifenden vergleichenden Studie zum Thema langfristiger Pflege veröffentlicht. Hierbei wurden Vorgehensweisen in 35 europäischen Staaten untersucht, verglichen und schließlich zentrale Herausforderungen für den Pflegebereich in den kommenden Jahren herausgearbeitet. Hintergrund der Studie ist die steigende Lebenserwartung als grundsätzliche Herausforderung für soziale Sicherungssysteme in Verbindung mit dem in der europäischen Säule für soziale Rechte ausgedrücktem politischen Willen, jeder Person ein Recht auf angemessene Pflege zukommen zu lassen.

Die Kommission identifiziert hierzu vier zentrale Problemfelder: ein fehlender Zugang zu adäquaten und langfristigen Versorgungsleistungen, die schlechte Arbeitssituation von Pflegern, die mangelnde Qualität der Pflege und schließlich die geringe finanzielle Nachhaltigkeit langfristiger Pflegeangebote. Die Probleme werden laut Studie u.a. insbesondere verursacht durch eine Fragmentierung der nationalen Gesundheitssysteme und fehlende institutionelle Abstimmungen zwischen allgemeinen sozialen Fördermaßnahmen und spezifischen Gesundheitsmaßnahmen, unzureichende informelle Vorkehrungen zur Pflege von Angehörigen, eine unterschiedliche regionale Ausrichtung bzw. Ausgestaltung und schließlich nur selten vorgenommene ausreichende Finanzierung. Daher würden die Ausgaben an Pflege, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, in den kommenden Jahren unverhältnismäßig stark steigen.

Potentielle Reformen der Pflegesysteme wurden in den vergangenen Jahren von nahezu allen untersuchten Staaten durchgeführt. Hierbei seien drei zentrale Trends erkennbar: eine Neuausrichtung der Pflege auf den häuslichen Bereich, die Absicherung langfristiger Finanzierbarkeit und die Verbesserung der Zugänglichkeit von Pflegeangeboten. Schwierig sei aufgrund der durch die o.g. Fragmentierung

hervorgerufenen schlechten Datenlage, einen länderübergreifenden Vergleich vorzunehmen.

Die Studie enthält Empfehlungen von der Kommission an die Mitgliedstaaten. Hierbei legt die Kommission einen besonderen Fokus auf die Pflege in der häuslichen Gemeinschaft. Neben der Finanzierung sei dabei u.a. auch die Ausbildung von Pflegekräften und nach Möglichkeit die Einbindung von Angehörigen bei der Beratung notwendig. Dazu zähle insbesondere die Ausgestaltung von flexiblen Arbeitszeiten für Angehörige und damit langfristig auch die Einbindung der Arbeitgeber. Gleichzeitig dürfe die staatliche Versorgung nur dann zurückgehen, wenn ein ausreichendes Angebot privater Dienstleister gegeben sei.

Für die Europäische Union empfiehlt die Kommission Berichtspflichten der Mitgliedstaaten an die Kommission und einen Austausch von Best-Practice-Maßnahmen. Die Förderung von Pflegeberufen durch Maßnahmen aus dem Europäischen Sozialfonds Plus seien dabei ebenso zielführend wie ein Datenaustausch mit internationalen Organisationen, wie beispielsweise der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Schließlich sollte die Kommission in Absprache mit den Mitgliedstaaten einen gemeinsamen Evaluierungskatalog entwickeln, um die Qualität von Gesundheitsleistungen im Pflegesektor zu messen.

Weiterführende Informationen:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=9185&furtherNews=yes>

https://ec.europa.eu/commission/priorities/deeper-and-fairer-economic-and-monetary-union/european-pillar-social-rights/european-pillar-social-rights-20-principles_en